

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

7. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan

am Dienstag, dem 12.01.2016 um 17:30 Uhr

im Gebäude des Technischen Hilfswerkes, Leichtmetallstr. 6

Beginn:
17:30

Ende:
18:30

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann

AM Karl-Ernst Dörfler

AM Manfred Kupke

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für AM Wolfgang Goeken

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Simone Kunkel-Grätz

AM Michael Schneider

AM Ilkay Solmaz

Vertretung für AM Jan-Hendrik Petersen

WLH-Fraktion

Stv. Achim Metzger

AM Dieter Terjung

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Silvia Ramsel

FDP-Fraktion

AM Dirk Raabe

AfD-Fraktion

AM Monika Birk

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Schriftführer

VA Elena Kohlhaas

Verwaltung

1. Beigeordnete Dagmar Formella
StOVR Udo Thal
GSB Marion Plähn

Vertreter der Polizei

Herr Jörg Janke

Gäste

Herr Jürgen Lenz
Herr Matthias Mauermann
Frau Gabi Bongard
AM Eva-Lotta Dahmann
Herr Dieter Smolka

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:30 Uhr die 7. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner und Vertreter der Presse - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er spricht Bürgermeisterin Frau Dr. Warnecke sowie der Verwaltung seinen Dank aus für die Möglichkeit einer Besichtigung der Wohnunterkunft Neandertalweg 4 vor der Sitzung.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der TOP 3 wird in zwei Teile gegliedert. 3./ Bericht zur Notunterkunft des Landes in der Adlerstraße; 3.1./ Anfragen.

Öffentliche Sitzung

1./ Gesundheitskarte für ausländische Flüchtlinge / Asylbewerber Vorlage: 51/100/2015

Protokoll:

1. Bgo. Formella erläutert die Rahmenbedingungen der Gesundheitskarte. Sie zeigt auf, dass fraglich sei, welcher Verwaltungsaufwand bei dem Kommunen verbleibe und es kein Null-Summen-Spiel für die Verwaltung aufzeige. Der Leistungsaufwand mit der Gesundheitskarte liege derzeit bei 8% / 10 € pro Flüchtling pro Monat. Es ergäbe sich derzeit hierdurch ein Betrag 48.000 €. Neben einigen wenigen Kommunen in NRW nehme auch Monheim teil an dem Projekt der Gesundheitskarte. Die Stadt Haan möchte die Erfahrungsberichte anderer Kommunen abwarten und im 2. Halbjahr 2016 nach Auswertung Rückschlüsse ziehen. Diese werde die Verwaltung dem Ausschuss vorlegen.

Stv. Sack fragt, ob es inhaltliche Aspekte für betroffene Zielgruppen gäbe und welche Gesichtspunkte Monheim veranlasst hätten, dem Projekt beizutreten.

1. Bgo. Formella erklärt, mit der Gesundheitskarte solle eine bessere und schnellere Versorgung der Flüchtlinge erreicht werden.

Stv. Wetterau führt aus, er halte die Vorlage für angebracht und bitte um einen Erfahrungsbericht mit Qualitätsprüfung für das 2. Halbjahr 2016. Er erkundigt sich nach dem Umfang der Leistungen der Krankenhilfe.

StOVR Thal erklärt, derzeit läge das vorläufige Rechnungsergebnis 2015 noch nicht vor. Festzuhalten sei, mit den steigenden Zuzugszahlen steige auch der Aufwand für die Krankenhilfe deutlich. Die Abwägung zwischen der Einführung der Gesundheitskarte und dem bisherigen System (Ausgabe von Krankenbehandlungsscheinen quartalsweise / Einzelfallentscheidung bei finanziell aufwendigen Behandlungsmaßnahmen) sei möglichst an Hand von belastbaren Erfahrungen / finanziellen Auswirkungen zu prüfen.

Hinweis:

Mit Stand vom 13.01.2016 betrage der Aufwand für die Krankenhilfe 2015 337.798 € (vorläufiger Rechnungsergebnis 2014: 264.994 €).

Stv. Drennhaus erklärt, auch er halte es für sinnvoll, Erfahrungen abzuwarten und bittet um Prüfung / Schlussfolgerungen in der 2. Jahreshälfte 2016.

1. Bgo. Formella geht auf die aktuelle Personalsituation ein, im Sachgebiet Asylleistungen. Derzeit werden von den vorhandenen rd. 2,6/Stellen/Vollzeitkräften rd. 1,6 Vollzeitkräfte für die laufende Sachbearbeitung eingesetzt, 1,0 Vollzeitkraft sei ausschließlich mit den Verwaltungsarbeiten der Notunterkunft beschäftigt. Die Verwaltung unternehme alles, um den Anforderungen gerecht zu werden, jedoch könne nicht alles erfüllt werden. _

2./ Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) Vorlage: 51/101/2015

Protokoll:

1. Bgo. Formella erläutert die Vorlage und dezidiert die Satzung sowie die Entgeltkalkulation. Betreffend der Entgeltkalkulation könne sich kurzfristig durch zusätzlichen Security-Einsatz Veränderungen ergeben. Hier werde die Verwaltung kurzfristig mit Dringlichkeitsentscheidung an die Politik herantreten.

Stv. Metzger erkundigt sich, ob Vorschläge zur Hausordnung noch Berücksichtigung finden könnten. Die Verwaltung bejaht dies.

AM. Schneider äußert, die Formulierung in der Satzung in § 3 Abs. 5 Satz 2 (vorletzter Absatz, auch im Kontext mit § 3 Abs. 5 Nr. 2) sei aus seiner Sicht rechtlich bedenklich. Er bitte die Verwaltung zu prüfen, ob das Rechtsschutzinteresse der Betroffenen gewahrt sei und ggf. eine andere Formulierung erforderlich werde.

1. Bgo. Formella führt aus, dass nun die Eingriffsmöglichkeiten der Verwaltung aufgezeigt werden müssen. Die rechtliche Prüfung zum kommenden HFA werde zugesagt.

StOVR Thal erklärt, dass in jedem Einzelfall eine Prüfung stattfinden werde einschließlich Ermessensabwägung. Die Handlungsgrundlage für die Verwaltung müsse in der Satzung klar und eindeutig geregelt sein. Ein vorübergehender Verbleib in der Wohnunterkunft werde durch die Satzung eröffnet.

Beschluss:

1. Die in Anlage 1 zu dieser Vorlage vorgelegte Entgeltbedarfsrechnung zur Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) wird beschlossen.

2. Die Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) in der Fassung zu Anlage 2 wird beschlossen, vorbehaltlich des Ergebnisses der rechtlichen Prüfung zu § 3 (5), vorletzter Absatz.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3./ Anfragen

Protokoll:

Keine

3.1. Bericht zur Notunterkunft des Landes in der Adlerstraße

/

Protokoll:

Herr Lenz, Leiter der Notunterkunft, erklärt, am 06.01. seien 130 Flüchtlinge neu in der Notunterkunft angekommen. Er benennt die Zusammensetzung und Nationalitäten. Die hohe Anzahl alleinreisender Männer aus Nordafrika habe bereits am Ankunftstag zu Problemen geführt, die sich in den nächsten Tagen fortsetzten. Insgesamt sei die derzeitige Belegung problematisch, zu vermerken sei ein erhöhtes Aggressionspotential. Hieraus habe man mit einer Erhöhung der Anzahl der Security-Mitarbeiter reagieren müssen.

Ein zunächst vorhandener TBC-Verdachtsfall habe sich nach entsprechender medizinischer Untersuchung nicht bestätigt.

Man rechne damit, dass in ca. 3 - 4 Wochen die Zuweisungsbescheide / Umverteilung auf Kommunen erfolgen werde.

KHK Janke führt aus, dass es fünf polizeirelevante Vorfälle mit Zuwanderern seit Anfang Januar 2016 gäbe. Er erklärt, gegenüber den bisherigen Belegungen in der Notunterkunft löse die neue Belegung bei der Polizei mehr Arbeit aus, die Polizeipräsenz habe sich nochmals erhöht. Der Kontakt zu dem Sicherheitspersonal werde weiterhin stetig gehalten.

4./ Mitteilungen

Protokoll:

Hr. Smolka, ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter, führt aus, in der Wohnunterkunft an der Ellscheider Straße herrsche eine gute Ordnung und Struktur. Er regt an, diese Unterkunft als Vorreiter für alle anderen Unterkünfte zu nehmen.

Die Verwaltung erklärt, dass dies geprüft werde.

Hr. Sattler, weist auf den vom Seniorenbeirat erstellten 1. Seniorenbericht hin, dieser liegt zur Mitnahme aus. Beratung werde im kommenden Sozial- und Integrationsausschuss stattfinden.

1. Bgo. Formella führt aus, die seit Mitte 2015 vakante Stelle der Abteilungsleitung „Soziale Angelegenheiten“ werde zum 01.03.2016 mit Frau Mattonet besetzt.